

Hände weg vom Streikrecht

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat ein Problem: Angesichts der Arbeitsniederlegungen von Piloten und des Zugpersonals bei der Bahn fordern Unternehmer und Konservative immer vehementer eine Beschneidung des Streikrechts unter dem Motto der „Tarifeinheit“. Doch rechtlich ist die Sache schwierig. Ein im Koalitionsvertrag angekündigtes Gesetz – das sogenannte Minderheitsgewerkschaften in die Friedenspflicht zwingt, obwohl sie keinen Tarifvertrag unterzeichnet haben – dürfte vom Bundesverfassungsgericht als Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit kassiert werden.

Nahles Ausweg und die Folgen

Deshalb sucht die Bundesarbeitsministerin nach einem Ausweg, den sie jetzt anscheinend gefunden hat. Demnach soll das Gesetz die Frage des Streikrechts schlicht unerwähnt lassen. An dessen Wirkung würde das indes absolut nichts ändern. Denn wenn dort festgeschrieben wird, dass in einem Betrieb nur der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gilt, schränkt dies zwar vielleicht nicht direkt das Streikrecht ein. Aber das Tor dafür wird aufgestoßen. Mit diesem Vorgehen würde die SPD-Politikerin ganz bewusst eine Gesetzeslücke schaffen.

Die Folge wäre, dass zwar Minderheitengewerkschaften streiken dürften, aber das Ergebnis des Arbeitskampfes – der Tarifvertrag – keine Anwendung finden würde. Damit würde das Streikrecht praktisch eingeschränkt, da ohne anwendbares Ergebnis es sinnlos ist, zu streiken.

Neudefinition des Gewerkschaftsbegriffs?

Das Bundesverfassungsgericht fordert aber auch „ein tariflich regelbares Ziel“. Wenn dies aber bereits in einem existierenden Tarifvertrag geregelt ist, kann es nicht noch mal geregelt werden. Weshalb dann auch nicht legal gestreikt werden kann. Außerdem sagt die Rechtsprechung, dass eine Gewerkschaft nur eine Gewerkschaft ist, wenn sie „tariffähig“ und „mächtig“ ist. Diesen Nachweis kann die Gewerkschaft aber in aller Regel nur durch den Abschluss von Tarifverträgen führen. Die Folge: Damit dann wenigstens der Anschein einer Fortexistenz der Koalitionsfreiheit gewahrt wird, müsste der Gewerkschaftsbegriff auch ganz neu definiert werden. Die Folge wäre dann, dass die Gründung „friedlicher“ Gewerkschaften, die nicht nur nicht streiken können, sondern auch nicht streiken wollen, erleichtert würde. Was dann wiederum die gesamte Gewerkschaftsbewegung schwächen würde und die Handlungsfähigkeit nehmen würde.

Verfassungswidrig?

„Der Haupteinwand liegt aber in dem Verstoß gegen Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes: Der Gesetzgeber kann einer Gewerkschaft nicht das Recht zum Tarifabschluss und zum Streik nehmen, nur weil sie in einem Betrieb die Minderheit ist. Das wäre eindeutig verfassungswidrig“, so Arbeitsrechtler Prof. Wolfgang Däubler. „Es gibt mehrere Gutachten, auch von Professoren, die der Arbeitgeberseite nahe stehen. Mit unterschiedlichen Argumenten kommen alle zu der Feststellung, dass das geplante Gesetz verfassungswidrig wäre. Das Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht ist deshalb absehbar. Das wäre nicht nur eine Blamage für die Initiatoren, also die Arbeitgeber und den DGB, sondern auch für die Regierungskoalition.“

Wie stehen die Gewerkschaften zu der Gesetzesinitiative?

Die DGB-Spitze hat das Ziel eines Gesetzes zur „Tarifeinheit“ keineswegs aufgegeben. Der im Mai neugewählte DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann ist sogar so dreist, dass er sich vor den Karren der Arbeitgeberverbände spannen lässt. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung Anfang September hat der DGB-Chef seinen Kollegen Klaus Dauderstädt vom Deutschen Beamtenbund schriftlich dazu aufgefordert, „mäßigend“ auf seine Mitgliedsorganisation GDL einzuwirken. Außerdem warnt Hoffmann, der Streik der Lokführer und Zugbegleiter könne die Arbeitgeberseite stärken, „die in dem Tarifeinheitsgesetz in erster Linie einen Hebel zur Vereinheitlichung der Friedenspflicht sieht“ – also das Streikrecht einschränken will. Es ist schon sehr dreist, wenn Hoffmann die Verantwortung dafür auch noch der GDL zuschieben will, die lediglich von ihrem Grundrecht auf Streik Gebrauch macht. Und selbst bastelt Hoffmann zusammen mit Regierung und Arbeitgeberverbänden an dem neuen Gesetz herum. Kritische DGB-Mitglieder sollten die Frage stellen, in wessen Auftrag Hoffmann denn agiert. Schließlich hat sich der DGB bei seinem Bundeskongress im Mai 2014 gegen jeglichen Eingriff in das Streikrecht ausgesprochen. Im Beschluss des DGB-Bundeskongresses heißt es eindeutig: **„Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen jegliche Eingriffe in die bestehenden Regelungen ab, die das Streikrecht oder die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie beeinträchtigen.“** Daran sollte sich auch der gewählte DGB-Vorsitzende gebunden fühlen.



Wie weiter?

Nach aktuellen Informationen gibt es in der Tat noch keinen fertigen Gesetzentwurf. Bereits im Frühjahr hatte die Bundesregierung ein von Nahles erstelltes Eckpunktepapier kurzfristig von der Tagesordnung genommen. Offenbar tun sich die Bundesarbeitsministerin und ihre Kollegen aus dem Arbeits-, dem Innen- und dem Justizministerium doch schwer damit, eine grundgesetzkonforme Lösung zu finden.

Wichtig ist jetzt, sich in allen Gewerkschaftsgremien dafür stark zu machen, dass das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung ohne wenn und aber abgelehnt wird. Vom DGB-Bundesvorstand erwarten wir, dass er bei der eindeutig ablehnenden Position des DGB-Bundeskongress bleibt und sich an die Beschlüsse hält. **Außerdem fordern wir den DGB auf, gegen die Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu bundesweiten Protesten aufzurufen.**

Weitere Infos unter:

<http://streikrecht-verteidigen.org/>

<http://www.labournet.de/>

⇒ Politik

⇒ Koalition will Tarifeinheit

<http://www.drgeffken.de/>

Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren.

Erneuerung durch Streik II - Konferenz vom 2.10.2014 19:00 Uhr bis 4.10.2014 16:00 Uhr

Ort: Pavillon am Raschplatz, Hannover, Lister Meile 4

In den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre wurden viele neue Entwicklungen sichtbar: Beschäftigte, die vorher kaum organisiert waren, beginnen zu streiken. Angesichts aggressiver Arbeitgeberstrategien entwickeln Gewerkschaftsaktive neue Formen der Gegenwehr. In Bereichen mit hohem Anteil prekärer Beschäftigung wird mit neuen Formen effektiv gestreikt. Auch in anderen Branchen werden mit Beteiligung und Konfliktorientierung alte Routinen durchbrochen. Es entstehen neue Formen einer demokratischen Streikkultur, die Anregungen geben für eine Erneuerung der Gewerkschaften. Wir wollen mit dieser Konferenz hunderte Gewerkschaftsaktive und WissenschaftlerInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen bringen, voneinander lernen und über neue und innovative Streikstrategien und Konfliktformen diskutieren.

Veranstaltungsw Webseite:

www.rosalux.de/streikkonferenz

Dokumentation der ersten Konferenz unter:

<http://www.rosalux.de/documentation/46538>

Veranstaltungen u.a.

- Streik gestern und heute
- Streiken unter prekären Bedingungen. Internationale Erfahrungen
- Branchentreffen zu Austausch und Vernetzung
- Forum Tarifeinheitgesetz – Wie weiter gegen Einschränkungen des Streikrechts?
- Gewerkschaften zwischen Defensive und Revitalisierung. Zur kollektiven Handlungsfähigkeit im Gegenwartskapitalismus
- Jenseits des Tarifrituals - Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung von Streiks
- Beteiligung und Mobilisierung in Tarfbewegungen der Metallindustrie
- Gewerkschaft im Betrieb - Strukturen für erfolgreiche Konflikte und Streiks
- Kämpfe gegen Betriebsschließungen: Wenn's plötzlich um alles geht

KONFERENZ
**GEMEINSAM STRATEGIEN
ENTWICKELN. KONFLIKTE
FÜHREN. BETEILIGUNG
ORGANISIEREN.**
ERNEUERUNG DURCH STREIK II
02.-04. OKTOBER 2014 HANNOVER

Hartz-IV-„Reform“: noch mehr Schikane und Überwachung

Hartz-IV-BezieherInnen sollen noch mehr gegängelt werden. Das geht aus dem jetzt durchgesickerten Abschlussbericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit 36 abgesegneten Vorschlägen zur Hartz-IV-„Reform“ hervor. Danach sollen Umzüge erschwert und Erstattungsansprüche gegen die Behörde gekappt werden. Darüber hinaus dürfen sich Alleinerziehende, deren Kinder den anderen Elternteil besuchen, auf geringere Leistungen gefasst machen.

Jobcenter sollen **Umzüge** in eine Wohnung, die mehr als die bisherige kostet, nicht mehr genehmigen, selbst wenn die Miete »angemessen« ist. Zieht jemand dennoch um, bekäme er nur noch die bisherige Miete erstattet, den Rest müsste er vom Regelsatz tilgen. Die Folge: es gibt kein Entkommen aus zwar billigen, aber unzumutbaren Wohnungen mehr.

Tückisch ist auch die geplante **Neuregelung für Rückforderungen gegen Jobcenter**. Seit einem Urteil des Bundessozialgerichts müssen Behörden rechtswidrig vorenthaltene Leistungen rückwirkend erstatten. Das betrifft auch die Zeit vor dem Urteil, sofern die fehlerhafte Praxis regional, also nicht bundeseinheitlich angewandt wurde. Diese Ansprüche sollen nun verfallen. Man will verhindern, dass massenhaft Leistungen neu berechnet werden müssen. Mit Problemen müssen auch **AufstockerInnen** rechnen, die neben einem Minijob ein Ehrenamt ausüben, für das ihnen ihr Aufwand pauschal entschädigt wird. Bisher dürfen sie pro Tätigkeit einen Freibetrag von 100 €, also insgesamt 200 € geltend machen. Das fällt weg. Künftig soll jedes Einkommen, das über der Aufwandsentschädigung liegt, zu 80% auf den Regelsatz angerechnet werden.

Besondere Härten drohen **Alleinerziehenden**. Bisher erhalten sie Sozialgeld für ihre Kinder unabhängig davon, wie oft der andere Elternteil sein Umgangsrecht wahrnimmt. Für Kinder bis zu 5 Jahren sind das derzeit 229 €, für sechs bis 13jährige 261 € und für 14- bis 17jährige 296 € pro Monat.

Das soll sich ändern. Künftig sollen Jobcenter dem betreuenden Elternteil das Sozialgeld für die Tage abziehen, an denen das Kind Vater oder Mutter besucht.

Darüber hinaus schießen die „christlichen“ Parteien gegen Nahles' Plan, das härtere **Sanktionsrecht für unter 25jährige** dem für Ältere anzupassen. Derzeit dürfen sich junge Hartz-IV-Bezieher keinen Patzer erlauben: Schon bei einem verpassten Termin kann ihnen die Leistung für drei Monate versagt werden, bei einem zweiten „Vergehen“ auch die Kosten für Miete und Heizung. Laut Nahles soll das ab April 2015 nicht mehr möglich sein, etwa, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Zahlreiche Medien bezeichnen die geplante Gleichstellung derzeit als „Entschärfung“. Tatsächlich wird aber die Lage der Älteren verschärft. So soll es pro „Pflichtverstoß“ 30 % oder einen Pauschalbetrag in ähnlicher Höhe weniger geben, auch für Terminversäumnisse, die bisher mit 10 % Abzug geahndet werden. 2013 wurden fast drei Viertel der insgesamt über eine Million Sanktionen wegen verpasster Termine ausgesprochen. Laut Ibus-Informationen sind mehr als 5,4 Millionen erwerbsfähige Erwachsene auf Hartz-IV-Leistungen bzw. Arbeitslosengeld angewiesen.

Die Gewerkschaften müssen gegen diese „Reform“ protestieren. Sie verstärkt die Gängelung und erhöht den Druck auf Erwerbslose, miese Arbeit anzunehmen. Aber auch auf Erwerbstätige als Abschreckung und in Folge dessen zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten.

TTIP ist nicht fair-handelbar. Die Gewerkschaften sind gefordert

Das bisher an die Öffentlichkeit gedrungene ist ein Horrorkatalog. Schutzrechte von Verbrauchern, aber auch von Lohnabhängigen sollen abgebaut werden. So können Investoren auf Abschaffung von Arbeitsschutzrechten klagen oder sie können bei gesetzlichen Regelungen zum Gesundheitsschutz auf entgangene Profite klagen!



Unbegrenzter „unternehmerischer Freiheit“ steht derzeit noch der kümmerliche Rest dessen im Weg, was an Mensch und Umwelt schützenden Gesetzen noch übrig geblieben ist. Das alles soll nun beseitigt werden. Lebensmittelskandale sind dann keine Skandale mehr, sondern Normalität. Alles bisher noch öffentliche Eigentum (Land und Rohstoffe, Trinkwasser, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, kulturelle Einrichtungen, alles was mit Daseinsvorsorge zu tun hat) soll völlig uneingeschränkt Profitinteressen untergeordnet werden. Verbraucherrechte, Arbeitsschutzrechte, soziale Rechte, Mieterschutz, Umweltschutz, Datenschutz, Sparerschutz - alles ist betroffen. Aktuell werden die TTIP-Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aber unter Federführung von über 600 Lobbyisten der mächtigsten Kapitalisten-Vereinigungen geführt.

Skandalöse Unterstützung durch DGB-Führung

Ausgerechnet bei diesem Thema gibt sich die DGB-Führung (unlegitimiert) dazu her, Gabriel beizuspringen. Sie unterzeichnete 2 Tage vor dem Parteikonvent der SPD ein gemeinsames Papier mit dem Wirtschaftsministerium und sät Illusionen über den Grundcharakter des angestrebten Abkommens. Skandalös an dem Papier ist dreierlei: Erstens, dass die

DGB-Spitze eine solche Position veröffentlicht, während Gewerkschafter für den europäischen Aktionstag gegen TTIP mobilisieren. Zweitens, dass es gegen die Beschlusslage des DGB ist. Und drittens, dass das Papier sogar gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium unterzeichnet wurde. Damit signalisiert die DGB-Führung – trotz der im Papier genannten Bedingungen – eine grundsätzliche Zustimmung.

Die Position der IG Metall ist bisher immer noch klar ablehnend. Der Vorsitzende Detlef Wetzel hat im März in einem Interview wörtlich gesagt: „Freihandelsabkommen sofort stoppen.“ Auch ganz aktuell heißt es bei der IG Metall, dass die grundsätzlichen Mängel nicht beseitigt wurden und dass von dem geplanten Abkommen wenige auf Kosten vieler profitieren. Bei den beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di gibt es noch keine Hinweise, dass sie inhaltlich die Positionen der DGB-Führung übernehmen. Sie rufen z.B. in Stuttgart zum europaweiten Aktionstag gegen TTIP mit auf. Wichtig ist, dass wir in den Gewerkschaften nicht nur Protestresolutionen verfassen, sondern die einzelnen Gliederungen dazu aufrufen, sich dem breiten Bündnis „TTIP un-fair-handelbar“ anzuschließen und aktiv gegen diese geplanten Abkommen zu mobilisieren.



Europaweiter Aktionstag am 11. Oktober gegen TTIP, CETA, TISA und die Freihandelsagenda

Zahlreiche lokale TTIP-Bündnisse planen Aktionen und Veranstaltungen und mobilisieren zu gemeinsamen Demos! Übersichtskarte der derzeit bekannten Aktionen unter:

<http://www.attac.de/ttip-aktionstag/>

Antragsteller: Seniorenarbeitskreis der Verwaltungsstelle Frankfurt

Die Delegiertenversammlung der IGM Frankfurt möge beschließen:

Wir fordern den IGM-Vorstand auf, sich öffentlich gegen die Verhandlungen von TTIP und CETA zu wenden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit diese Verhandlungen eingestellt werden und zur Beteiligung der IG Metall am europaweiten, dezentralen Aktionstag gegen TTIP und CETA am 11. Oktober 2014 aufzurufen. Des Weiteren fordern wir den IG Metallvorstand auf, auf den DGB Bundesvorstand einzuwirken, dessen veränderte Position rückgängig zu machen und den Beschluss des Bundeskongresses von Mai 2014 umzusetzen.

Begründung

Die Delegiertenversammlung der IGM Verwaltungsstelle Frankfurt lehnt sowohl das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelte „Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen“ (abgekürzt TTIP) als auch das zwischen der EU und Kanada verhandelte Wirtschafts- und Handelsabkommen (abgekürzt CETA) ab, weil beide Abkommen den gesellschaftlichen Wohlstand, die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte, den Umwelt- und Verbraucherschutz und vor allem die Demokratie bedrohen und nicht den Menschen, sondern ausschließlich den Gewinninteressen der großen international tätigen Konzerne nützen. Die Verhandlungen zu TTIP und CETA finden unter erheblichem Lobby-Einfluss hinter verschlossenen Türen statt. Die Öffentlichkeit bleibt außen vor. Auch die frei gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben zu den wichtigsten Verhandlungsdokumenten keinen Zugang. Dies ist ein Anschlag auf das Mindestniveau demokratisch notwendiger Verfahrensabläufe und keinesfalls hinzunehmen....Im Zentrum der Verhandlungen steht tatsächlich das gegenseitige Absenken von „nichttarifären Standards“ im ökologischen und sozialen Bereich, die die Gewinne der großen transnationalen Konzerne schmälern, aber die Umwelt und die Interessen einer überwältigenden Mehrheit von Menschen in der EU schützen. Gegen solche so genannte Handelshemmnisse sollen diese Konzerne aus Gründen des Investitionsschutzes ein Klagerecht erhalten. Es ist daher zu befürchten, dass politische Gremien durch milliardenschwere Entschädigungsklagen erfolgreich eingeschüchtert werden, so dass flächendeckende Tarifverträge, ein gesetzlicher Mindestlohn, gesetzlich garantierte Sozialleistungen unter einem noch größeren Rechtfertigungsdruck stehen als heute. Durch die Deregulierung könnte das so genannte „Vorsorgeprinzip“ in der EU fallen. Die Industrie muss dann nicht mehr beweisen, dass ein Stoff oder Produkt ungefährlich ist, sondern die Menschen müssen nachweisen, dass sie geschädigt wurden. Dadurch wird gentechnisch veränderte Nahrung bei uns im großen Stil genauso möglich wie das Züchten von Rindfleisch mit krebserregenden Hormonen, das Begasen von Hühnern mit Chlor und das grundwassergefährdende Gasförderverfahren Fracking.

Auf der Delegiertenversammlung der IGM Verwaltungsstelle Frankfurt am 24.9.2014 einstimmig angenommen.

Diskussionen in der IG Metall zu Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte

Immer wieder gab es in den letzten Monaten Äußerungen von IG Metall Betriebsräten und –Funktionären, in denen Rüstungsproduktion und –exporte befürwortet wurden, so im Juli, als Airbus-Betriebsräte für die „europäische Drohne“ warben oder im August, als sich Betriebsräte aus Waffenschmieden mit dem Wirtschaftsminister trafen. Um die friedenspolitischen Positionen der IGM-Satzung ins Bewusstsein zu rufen, wurde diese Resolution verabschiedet.

Resolution der Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart vom 20. September 2014

In der aktuellen Diskussion über Rüstungs- und Waffenexporte nimmt die Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart wie folgt Stellung:

Deutschland ist nach den USA und Russland inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den 2. Platz ein, bei U-Booten den 1. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen. 2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Für Produkte, die ausschließlich zum Töten von Menschen hergestellt wurden, ist dies eine ungeheure Summe. Gemessen am Gesamtexportvolumen Deutschlands (1100 Mrd. Euro) ist sie vernachlässigbar, entspricht sie doch gerade einmal 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie eher gering (Schätzungen liegen bei 80.000 bis 100.000), aber die moralische Komponente dieser Produktion ist doch sehr bedrückend. Denn: Rüstungsproduktion ist kein „normaler“ Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion. 62% der Exporte gingen an sogenannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Ein Teil davon ging wiederum in Staaten, die zu den Spannungsgebieten gehören oder zu diesen Beziehungen pflegen (wie z. B. Saudi-Arabien).

Wir verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und fordern:

- Bei allen Waffenexporten einschränkende Gesetze und eine restriktivere Handhabung derselben! Das erfordert auch eine parlamentarische Kontrolle aller Waffenexporte. Begrenzung der Rüstungsexporte auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO), insbesondere keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden! Totales Verbot des Exports von Kleinwaffen! Keine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern! Langfristig wäre wünschenswert, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz abzuschaffen. Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. Angesichts der heutigen Situation (Kriege, Klimawandel, Rohstoffknappheit...) kann sich dies die Menschheit nicht leisten.

- Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.

- Bei den Rüstungsarbeitsplätzen handelt es sich zu einem großen Teil um hochqualifizierte anspruchsvolle Arbeitsplätze (siehe z.B. Roman Zitzelsberger in der Kontext-Wochenzeitung vom 27.8. 2014). Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.

Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung – diesen Satz von unserem **Bezirksleiter Roman Zitzelsberger** im Interview in der Kontext-Wochenzeitung vom 27. August 2014 unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die **Initiative zur Konversion** für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie im **Positionspapier der IG Metall** „Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ vorgeschlagen wird.

Bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen so angenommen

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co. Was tun? Konferenz mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen

Samstag, 11. Oktober 14 von 13 bis 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

Die Analyse dieses immer bedrohlicheren Phänomens, der Erfahrungsaustausch von und mit betroffenen KollegInnen, die Diskussion über Strategien der Gegenwehr und Verabredungen zur besseren Koordination sollen dort ebenso ihren Platz finden wie die Entwicklung einer wirksameren Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Infos unter:

<http://www.gegen-br-mobbing.de/>



Anton Kobel (Hrsg.)

»Wir sind stolz auf unsere Kraft«

Der lange und phantasievolle Kampf um
die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel

VSA

WIDERSTÄNDIG

Wir sind stolz auf unsere Kraft Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel

112 Seiten | WIDERSTÄNDIG | 2014
10 € - ISBN 978-3-89965-633-6

Autor: Anton Kobel, seit 1971
gewerkschaftlich aktiv für Gewerk-
schaften als soziale Bewegung

[http://www.vsa-verlag.de/hc/buecher/
/detail/artikel/wir-sind-stolz-auf-unsere-kraft/](http://www.vsa-verlag.de/hc/buecher/detail/artikel/wir-sind-stolz-auf-unsere-kraft/)

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der
Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen –

Christa Hourani – Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss: 27. Sept. 2014